

**Antrag**

Hannover, den 20.03.2019

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU**Urheberrecht schützen - Upload-Filter vermeiden**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

Der Landtag bekennt sich klar zur Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit im Internet. Das Internet muss weiterhin ein Raum sein, in dem jeder - unter Achtung der Gesetze und der Rechte anderer - seine Meinung frei äußern kann. Das Netz muss ein Raum der Fairness für alle sein, und sachlich notwendige Regulierungen müssen die Interessen kommerzieller wie privater Nutzer angemessen berücksichtigen.

Der Landtag begrüßt eine Vereinheitlichung des europäischen Regelwerkes zum Urheberrechtsschutz im Internet. Ein effektiver Urheberrechtsschutz ist notwendig, sinnvoll und dient dem Schutz von Autoren, Künstlern und anderen Kultur- und Medienschaaffenden. Ihre Interessen müssen im Zentrum einer Reform stehen.

Der Landtag will, dass Inhalte in der Praxis nicht beim Upload blockiert werden, sondern für diese Inhalte fair gezahlt wird.

Der Landtag lehnt Artikel 13 der EU-Richtlinie ab, wenn dessen Anforderungen nur durch die Einrichtung von Upload-Filtern erfüllt werden können. Upload-Filter beinhalten das Risiko einer Zensur im Internet und können damit zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit führen. Solche Filter sind zudem stark fehleranfällig, können technisch umgangen werden, und Plattforminhaber könnten ein sogenanntes „Overblocking“ betreiben. Damit wäre es in der praktischen Anwendung nicht gesichert, dass die Rechte von Urhebern tatsächlich gestärkt und Urheber finanziell besser gestellt werden.

Die europäischen Institutionen sind aufgefordert, zeitnah, transparent und verständlich darüber aufzuklären, wie effektiver Urheberrechtsschutz ohne Upload-Filter möglich sein soll. Auswirkungen der in Rede stehenden Artikel müssen durch die europäischen Institutionen ausreichend, transparent und verständlich bewertet und veröffentlicht werden. Konkrete Hinweise an die nationalen Parlamente zur Umsetzung wären zudem ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung der Debatte.

Der Landtag appelliert an das Europäische Parlament, den Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission, die vorliegende Richtlinie kritisch zu hinterfragen, auf die Kritiker zuzugehen und die endgültige Entscheidung zu vertagen, bis die vorgetragenen Argumente ausgetauscht wurden, mögliche Alternativen bewertet sind und ein tragfähiger Kompromiss gefunden worden ist. Aus Sicht der Fraktionen im Niedersächsischen Landtag gibt es keinen Anlass, die Entscheidung über die Richtlinie vorschnell zu treffen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels

Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke

Parlamentarischer Geschäftsführer